

Antrag

**der Abgeordneten Dr. Barbara Höll, Dr. Gesine Löttsch, Roland Claus,
Ulla Lötzer, Ulrich Maurer, Dr. Herbert Schui und der Fraktion der DIE LINKE.**

Großbanken vergesellschaften

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Bundesregierung hat mit der Rettung von IKB, Hypo Real Estate und Commerzbank die Allgemeinheit mit Verlusten oder Risiken in Höhe von rund 100 Mrd. Euro belastet. Der Versuch, die Finanzkrise dadurch zu lösen ist gescheitert. Die bisherige Praxis der Bundesregierung, diesen Banken Risiken und Verluste abzunehmen, stellt eine Veruntreuung von Steuermitteln dar.

Die privaten Großbanken drosseln die Kreditversorgung und gefährden damit Betriebe und Arbeitsplätze. Gleichzeitig reißt die Serie von Verlustmeldungen nicht ab. Der Abschreibungsbedarf im Finanzsektor in Deutschland wird auf bis zu eine Billion Euro geschätzt. Schon bereitet die Bundesregierung die Öffentlichkeit auf weitere Rettungspakete für die Finanzinstitute vor.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

die private Großbanken zu 100 Prozent zu vergesellschaften und die dafür erforderlichen gesetzlichen Grundlagen zu schaffen.

Im Anschluss müssen folgende Maßnahmen ergriffen werden:

1. Die Kontrolle des operativen Geschäfts der Großbanken muss sichergestellt werden. Dabei muss eine Offenlegung aller „toxischen“ Papiere und Anlagen erfolgen.
2. Die Gründung von Zweckgesellschaften, Leerverkäufe und Ausschüttungen an bisherige Aktionäre werden verboten.
3. „Toxische“ Papiere und Anlagen werden ausgelagert. Die damit entstehenden Verluste werden abgetragen durch die Bankgewinne aus dem operativen Geschäft, den Verkauf eines Teils der riskanten Anlagen nach Prüfung der Marktsituation. Schrottpapiere und nicht abtragbare Verluste werden nicht sozialisiert, sondern durch die Aufnahme einer Zwangsanleihe für Einkommensbezieher/-innen ab einem zu versteuernden jährlichen Einkommen von über einer Million Euro finanziert.
4. Effektive Maßnahmen zur Bekämpfung von Steueroasen werden umgehend umgesetzt.

Berlin, den 28. Januar 2009

Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion

Begründung

Der verantwortungsvolle Umgang mit Steuergeldern gebietet, dass die Finanzkrise effektiv und ohne Kostenabwälzung auf die Steuerzahler/-innen gelöst wird.

Alle bisherigen Experimente zur Rettung der Großbanken haben zu immensen finanziellen Belastungen der öffentlichen Hand geführt, ohne dass der damit beabsichtigte Zweck erreicht worden wäre: Die Kreditversorgung der Wirtschaft hat sich weiterhin verschlechtert. Die Großbanken vergeben weiterhin kaum Kredite, da sie den Großteil der faulen, unverkäuflichen verbrieften Kredite noch abschreiben müssen. Eine von Bundesbank und Finanzaufsicht Bafin durchgeführte Umfrage unter den 20 größten Banken in Deutschland förderte zu Tage, dass noch mindestens 300 Milliarden Euro abzuschreiben sind; andere Schätzungen gehen inzwischen sogar von einem abzuschreibenden Volumen in Höhe von einer Billion Euro aus. Das Beispiel Großbritannien zeigt, dass die dortigen Rettungspakete durch gezielte Attacks unterlaufen werden: Spekulanten wetten weiterhin mit Leerverkäufen auf fallende Aktienkurse und torpedieren so sämtliche Rettungsversuche.

Der Londoner Wirtschaftswissenschaftler Willem Buiter, Professor an der renommierten London School of Economics, stellt neben der Kostengünstigkeit einen weiteren Vorteil der Kompletterstaatlichung heraus: Auf diesem Wege kann auch problemlos eine „Bad Bank“ zur Abnahme der faulen Kredite eingerichtet werden. Unter den bisherigen Bedingungen birgt die Gründung einer „Bad Bank“ die Gefahr, dass „toxische“ Papiere und Anlagen zu teuer von der öffentlichen Hand aufgekauft werden – die Bestimmung eines „fairen“ Preises für diese Papiere erweist sich als undurchführbar. Dieses Bewertungsproblem entfällt bei einer Vergesellschaftung und die Banken wären damit wieder in der Lage, neue Kredite auszugeben.

Der Fall der Commerzbank demonstriert eindringlich, dass die Kompletterübernahme billiger ist als die Subventionierung der Großbanken: Für maximal fünf Milliarden Euro wäre die Bank im Januar komplett aufzukaufen gewesen, während sich die staatlichen Zuschüsse inzwischen auf mehr als 18 Milliarden Euro belaufen.

Nur die 100-prozentige Vergesellschaftung gewährleistet eine Einflussnahme im öffentlichen Interesse und die Verhinderung einer Kreditklemme.

Eine mögliche Reprivatisierung der verstaatlichten Banken zu einem späteren Zeitpunkt ist nicht ausgeschlossen. Entscheidend ist, dass zuvor die Verluste samt Verzinsung aus der Finanzkrise ausgeglichen wurden.